

Mitgliederzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

Der VOLLZUGSDIENST

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug



dbb
beamtenbund
und tarifunion

CESI
ALL PARTNERS CHOICE

1 | 2 0 2 5

72. Jahrgang



Bundestagswahl 2025

Schluss mit der Ignoranz!

Der BSBD fordert von der Politik
mehr Aufmerksamkeit für den Strafvollzug

„Schluss mit der Ignoranz!“

BSBD Vorsitzender René Müller fordert vor der Bundestagswahl mehr Aufmerksamkeit der Politik für die Nöte im Strafvollzug

Manche Haftanstalten platzen aus allen Nähten. Die Stimmung wird aggressiver, aber die Politik schaut weg. Das muss sich dringend ändern, fordert BSBD Vorsitzender René Müller im Interview. Er hat dafür auch ein paar ganz konkrete Vorschläge.



René Müller, BSBD-Bundesvorsitzender

Herr Müller, es mehren sich die Berichte, dass Haftanstalten in Deutschland am Limit sind und es zum Teil schwieriger wird, Gefangene überhaupt noch unterzubringen. Wie ernst ist die Lage?

Tatsächlich hat die Zahl der Gefangenen im vergangenen Jahr wieder zugenommen. Vor allen Dingen in den Metropolen und dort gerade in Anstalten mit Untersuchungshaftplätzen. Die sind nicht nur stark ausgelastet, sondern stellenweise schon drastisch überbelegt.

Ist es vielleicht nur ein vorübergehendes Problem?

Danach sieht es im Moment nicht aus. Die Lage verschärft sich noch einmal dadurch, dass auch die Kliniken für psychisch kranke Straftäter, also der Maßregelvollzug, überfüllt sind. Die Justizvollzugsanstalten hel-

fen aus und übernehmen Gefangene von dort, wodurch die Kapazitäten noch enger werden. Und dann hat auch noch die Zahl der schweren extremistischen Straftaten zugenommen, ich verweise hier auf die Anschläge in Magdeburg und Solingen. Für die Unterbringung solcher Straftäter müssen ganz besondere Vorkehrungen und Sicherungsmaßnahmen getroffen werden. Das bindet viel Personal und beeinträchtigt bisweilen den regulären Anstaltsbetrieb erheblich.

Womit wäre den Haftanstalten am meisten geholfen?

Na ja, nach wie vor brauchen wir vor allem mehr Personal. Noch immer sind etwa 2000 Stellen für Bedienstete in deutschen Gefängnissen nicht besetzt.

Es gibt die Stellen, aber es fehlt an den entsprechenden Bewerbern?

Richtig. Die Bewerberlage für Berufe im Justizvollzug ist schlecht, das scheinen noch nicht alle in der regierenden Politik zu verstehen. Zu wenig Personal geht zu Lasten der Sicherheit der Bevölkerung. Die Bundesländer setzen die richtigen Anreize, wenn sie jungen Menschen die Laufbahn als Beamter oder Beamtin im Vollzugsdienst anbieten. Mittlerweile versuchen sie allerdings verstärkt, Tarifbeschäftigte statt Beamte im Strafvollzug einzustellen.

Was ist verkehrt daran?

Diese Tarifbeschäftigten bekommen einen Kurzeinführungslehrgang und sollen im Vollzug arbeiten, ohne dass sie hinreichende Kenntnisse in Psychologie, Pädagogik oder Rechtskunde haben. Für sie gilt die Fürsorgepflicht des Staates nicht in dem Umfang, wie sie für Beamte gilt, das heißt, sie sind schlechter abgesichert. Das alles ist natürlich sehr schwierig und verändert über kurz oder lang auch den Vollzugsdienst. Verstehen Sie mich nicht falsch: Wir haben in den Anstalten bereits zahlreiche Tarifbeschäftigte mit Fachkenntnissen zum Beispiel im Handwerk. Sie leisten sehr gute Arbeit, und ohne sie ist der Alltag in den

Haftanstalten kaum noch zu bewerkstelligen. Nur sollte man deren Zahl im Interesse des Justizvollzugs nicht noch weiter erhöhen.

Auch Beamte sind nicht unfehlbar. Häftlinge der JVA Augsburg-Gablingen in Bayern berichteten unlängst, sie seien von Justizbeamten getreten, geschlagen und nackt in speziellen Keller-Zellen eingesperrt worden. Ist das nur ein Einzelfall?

Das alles wird ja noch untersucht. Zunächst einmal gilt die Unschuldsvermutung, und momentan habe ich keine Zweifel, dass die Vorgänge aufgeklärt und sich die meisten Vorwürfe, wenn nicht sogar alle, als haltlos erweisen werden. Wir als BSBD wehren uns dagegen, wenn jetzt in manchen Medien ein ganzer Berufsstand unter Generalverdacht gestellt wird. Das geschieht dann bisweilen auch aus Unkenntnis.

Es ist ja sogar der Vorwurf der Folter erhoben worden.

Im genannten Fall geht es unter anderem darum, dass Gefangene in einem Raum mit nur einer Matratze untergebracht wurden und dies auch mit einer Entkleidung verbunden war. Das ist nichts Außergewöhnliches. Für schwierige Situationen in den Justizvollzugsanstalten gibt es besonders gesicherte Hafträume, in denen Gefangene bisweilen untergebracht werden müssen. Und da werden auch besondere Sicherungsmaßnahmen getroffen.

Was gehört zu solchen Maßnahmen?

Es ist notwendig, den Gefangenen vor der Unterbringung in einem besonders gesicherten Haftraum gründlichst zu durchsuchen, da es bekanntlich etliche Körperstellen gibt, an denen er gefährliche Gegenstände wie zum Beispiel eine Rasierklinge verstecken kann. Gegenstände oder Kleidung, die dazu geeignet sind, sich oder andere zu verletzen oder sich zu suizidieren, werden dabei natürlich abgenommen. Man muss bedenken, dass wir es zumeist mit schweren Kriminellen, aber auch mit

unter starkem psychischen Druck stehen, den Menschen zu tun haben, die nicht immer rational handeln. Und wenn dann einseitig Darstellungen von Gefangenen transportiert werden und diese Behauptungen wie Folter ungeprüft an die Öffentlichkeit gelangen, ergibt das ein völlig falsches Bild vom Justizvollzug.

Aber Sie machen schon die Erfahrung, dass bei insgesamt schwierigen Rahmenbedingungen die Spannungen zwischen Justizvollzugsbeamten und Häftlingen zunehmen?

Es ist tatsächlich so, dass die Überfüllung der Anstalten und die zunehmende Aggressivität von Gefangenen dazu führt, dass sich die Stimmung verhärtet. Unsere Kollegen müssen schon ein hohes Maß an Professionalität an den Tag legen, um den Dienst so zu verrichten, wie es sich gehört. Es kann immer Verfehlungen einzelner geben. Wenn Beanstandungen, Beschwerden oder sogar Anzeigen gegen Vollzugsbedienstete vorliegen, wird untersucht, ermittelt und gegebenenfalls von Gerichten entschieden, ob sich jemand schuldig gemacht hat oder nicht. Wir leben in einem Rechtsstaat, der, wie sich gerade in dem Fall aus Bayern zeigt, auch funktioniert. Wir sollten aber nicht vergessen, wie wichtig es ist, dem gesamten Personal im Strafvollzug immer wieder den Rücken zu stärken und den Bediensteten auch zu vermitteln, dass man Vertrauen in ihre Arbeit hat.

Mit Ihren Hinweisen auf die angespannte Lage in den Haftanstalten finden Sie in der Politik nicht immer Gehör. Warum nicht?

Da will ich differenzieren. In etlichen Bundesländern gibt es durchaus konstruktive Gespräche, in denen wir als BSBD zusammen mit den Justizministern nach Lösungen für die Probleme in den Haftanstalten suchen. Wenn ich aber Revue passieren lasse, wie sich das Bundesjustizministerium uns gegenüber als Interessenvertretung der Strafvollzugsbediensteten verhalten hat, dann kann ich nur sagen: Hier herrschte komplette Ignoranz. Wir haben mehrfach um Gesprächstermine bei Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) gebeten – es haben keine stattgefunden. Das war ein ganz, ganz schwaches Bild, das der Minister da abgegeben hat. Eine ähnliche Ignoranz gegenüber unseren Anliegen haben wir übrigens in Thüringen erlebt.

Und es ist vielleicht kein Zufall, dass die extreme AfD bei den Wahlen dort so viele Stimmen bekommen hat. Politik muss sich um die Menschen im Lande kümmern, und natürlich auch um die Bediensteten. Also: Schluss mit der Ignoranz!

Was kann und sollte denn eine neue Bundesregierung Ihrer Ansicht nach tun, um für Entspannung in den Haftanstalten zu sorgen?
Das meiste ist ja Ländersache.

Gerade bei bestimmten neuen Bundesgesetzen wollen wir natürlich mit einbezogen werden. Nehmen wir als Beispiel die Änderung des Sanktionenrechts. Da ist jetzt unter anderem geregelt, dass Therapieversager – also zum Beispiel drogenabhängige Straftäter, die eigentlich in Therapie gehören, aber wieder rückfällig werden – in den Justizvollzugsanstalten verbleiben können. Der Hintergrund ist eigentlich nur der, dass es in den Therapieeinrichtungen an Plätzen fehlt. Und so werden die Probleme in die Haftanstalten verlagert, wodurch diese erheblich belastet werden. Gegen solche Regelungen wollen wir unsere berechtigten Einwände anbringen können.

Gibt es weitere Beispiele für ein mögliches stärkeres Engagement des Bundes?

Sache der Bundespolitik wäre es auch, eine Art Bundesgefängnis für radikale und extremistische Straftäter zu schaffen. Die Sicherheitsmaßnahmen, aber auch die Programme, die für solche Straftäter erforderlich sind, überfordern viele Haftanstalten. Ein zentrales Gefängnis, in dem auch gezielter an der Resozialisierung solcher Straftäter gearbeitet werden könnte, wäre der richtige Weg. Es handelt sich hier ja nicht um ein landesspezifisches Problem, sondern um eines, das das gesamte Bundesgebiet betrifft. Noch besser wäre eine europaweite Vernetzung beim Umgang mit inhaftierten extremistischen Straftätern.

Und das Problem der unbesetzten Stellen?

Es wäre schön, wenn der Bund hier und da Kampagnen der Länder unterstützen würde, in denen es darum geht, mehr Aufmerksamkeit für die Arbeit im Justizvollzug zu schaffen und zukünftige Bewerber für den Justizvollzug anzusprechen. Und noch

ein Punkt ist uns wichtig: Nach wie fehlt die Möglichkeit der vereinfachten Auskunftssperre im Melderegister für Vollzugsmitarbeiter. Gerade in Zeiten zunehmender Übergriffe auf Beamte braucht es Möglichkeiten, deren Daten zu schützen. Entsprechende Schreiben und Stellungnahmen, die wir als BSBD und auch der Gerichtsvollzieherbund über den dbb an das Bundesinnenministerium geschickt haben, blieben bislang unbeantwortet.

Im Bundestagswahlkampf spielt der künftige Umgang mit Flüchtlingen eine große Rolle, insbesondere die Möglichkeit konsequenterer Abschiebungen. Erhoffen Sie sich von solchen Maßnahmen Entlastungen für die Haftanstalten?

Im Gegenteil, das macht uns momentan große Sorgen. Werden solche Maßnahmen von einer künftigen Bundesregierung umgesetzt, dann bedeutet das, dass mehr Menschen in Abschiebehaft genommen werden. Da die Kapazitäten der dafür vorgesehenen Einrichtungen nicht ausreichen dürften, könnten Flüchtlingen bis zum Zeitpunkt der Abschiebung auch wieder im Justizvollzug untergebracht werden. Aber niemand befasst sich mit der Frage, ob die Haftanstalten das überhaupt leisten können. Und das ist wieder typisch: Der Justizvollzug bleibt ein unbeleuchtetes Thema in Deutschland. Und alle Bediensteten, die Tag für Tag dafür sorgen, dass der Laden trotz aller Widrigkeiten läuft, erhalten bei Weitem nicht die Aufmerksamkeit und Anerkennung von Politik und Gesellschaft, die sie verdienen. Das muss sich ändern.

Interview: Volker Goebel

(Der Autor ist Journalist, hat bei Neue Presse und HAZ in Hannover gearbeitet und war lange Zeit auch zuständig für das Thema Tarifpolitik.)

BSBD

Neujahrswünsche für das Jahr 2025

Die Herausforderungen und Aufgaben für den BSBD

Mit dem Beginn des Jahres 2025 möchten wir allen Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug sowie den Mitgliedern des BSBD unsere herzlichsten Wünsche übermitteln. Möge dieses Jahr von Gesundheit, Erfolg und persönlichen sowie beruflichen Erfüllungen geprägt sein.

Das Jahr 2025 wird für uns alle ein Jahr voller Aufgaben und Herausforderungen sein. Der BSBD wird weiterhin eine zentrale Rolle dabei spielen, die Rechte und Arbeitsbedingungen der Vollzugsbediensteten zu vertreten. Ab Oktober stehen erneut schwierige Tarifverhandlungen an, und wir sind fest entschlossen, die Anliegen unserer Mitglieder mit Nachdruck zu vertreten. Die zunehmenden Belastungen im Strafvollzug erfordern nicht nur eine faire Anerkennung der geleisteten Arbeit, sondern auch konkrete Verbesserungen der Arbeitsbedingungen.

Ein zentrales Thema bleibt die mangelnde Attraktivität des Berufs im Justizvollzug. Die geringe Bewerberzahl stellt uns vor große Herausforderungen, die wir nur durch eine konsequente Verbesserung der Arbeitsbedingungen und eine gerechte und noch bessere Entlohnung bewältigen können. Darüber hinaus werden wir uns weiterhin für den besseren Schutz der Kolleginnen und Kollegen einsetzen, insbesondere im Hinblick auf die psychischen Belastungen des Berufs, die oft nicht ausreichend berücksichtigt werden. Auch die Flexibilisierung der Arbeitszeiten wird in der Zukunft der Arbeitswelt eine zentrale Rolle spielen, allerdings muss dazu der erste Schritt vor dem nächsten gemacht werden und das ist die Behebung des bestehenden Personalmangels.

In den vergangenen Jahren konnten durch die Landesverbände des BSBD in den Bundesländern zahlreiche Verbesserungen im Justizvollzug erreicht werden. Darauf gilt es nun, weiter aufzubauen und diese Erfolge langfristig zu sichern. Ein besonders wichtiges Anliegen bleibt die Ausweitung und Förderung einer positiven Berichterstattung über den Justizvollzug. Leider dominieren oft negative Darstellungen in den Medien, die nicht selten undifferenziert sind. Besonders bedauerlich ist es, dass eine große Gruppe von Kolleginnen und Kollegen, wie zuletzt in Bayern, unter Generalverdacht gestellt wird. Ungeprüfte Aussagen von Gefangenen werden als Tatsachen dargestellt, und besondere Sicherungsmaßnahmen, die zum Schutz der Inhaftierten notwendig sind, werden fälschlicherweise als Willkür und Schikane beschrieben, ohne die komplexen Abläufe im Vollzug zu verstehen, die der Sicherheit und Ordnung der Justizvollzugsanstalten dienen und zum Schutz der Bediensteten und Insassen unerlässlich sind.

Kurzer Rückblick auf 2024 und Ausblick auf die Zusammenarbeit 2025

Im Jahr 2024 blickt der BSBD auf viele positive Entwicklungen zurück. Ein besonders wertvoller Aspekt war der gute Austausch mit wichtigen Institutionen wie der Universität Speyer, der Universität Saarland und anderen akademischen Partnern. Diese Zusammenarbeit hat dazu beigetragen, den Dialog über die Weiterentwicklung des Justizvollzugs und die notwendigen Reformen voranzutreiben. Ebenso möchten wir das Seehausprojekt und die partner-

schaftliche Zusammenarbeit mit den freien Trägern hervorheben, die maßgeblich zur Verbesserung der inhaltlichen Arbeit mit Gefangenen und der Resozialisierung von Gefangenen beigetragen haben.

Wir konnten auch wichtige politische Akteure für die Belange des Justizvollzugs gewinnen, hervorzuheben ist hier der Austausch mit Elisabeth Winkelmeier-Becker, der rechtspolitischen Sprecherin der CDU im Bundestag. Die bevorstehenden Neuwahlen des Bundestages im Februar 2025 bieten neue Chancen für den Justizvollzug. Der BSBD erwartet eine intensivere und zukunftsorientierte Zusammenarbeit mit den politischen Entscheidungsträgern.

Die bisherige Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Justiz (BMJ), insbesondere unter dem ehemaligen Bundesjustizminister Buschmann, war leider nicht zufriedenstellend. Der BSBD setzt große Hoffnungen auf die Neubesetzung des Ministeriums und auf einen besseren Austausch mit dem BMJ, um die dringend erforderlichen Reformen im Justizvollzug voranzutreiben.

Ausblick auf 2025

Wir blicken zuversichtlich auf das Jahr 2025 und sind überzeugt, dass wir durch gemeinsames Engagement und die Unterstützung aller Mitglieder viel erreichen können. Auf ein erfolgreiches Jahr, in dem wir die Aufgaben des Strafvollzugs mit Entschlossenheit und Weitsicht meistern!

- Your system has a serious problem and needs to be restarted. We only collect all error information and then try again to restart the system. Wish us luck ...

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

Die Angehörigen des deutschen Justizvollzuges halten das System am Laufen...

Schon mal darüber nachgedacht?

DEINE GEWERKSCHAFT - DEINE ZUKUNFT

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif • 0800-33 10 332
Klaus Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken



Schutz- und Belastungsfaktoren im Allgemeinen Vollzugsdienst

Aufruf zur Teilnahme an einer wissenschaftlichen Studie

Wir haben wiederholt öffentlich darauf hingewiesen, dass die Belastungsfaktoren im Justizvollzug für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stetig zunehmen. Diese wichtige Information hat das Institut für Gerichtliche Psychologie und Psychiatrie der Universität des Saarlandes zum Anlass genommen, eine wissenschaftliche Studie zu den Schutz- und Belastungsfaktoren im Allgemeinen Vollzugsdienst zu initiieren.

Es ist äußerst erfreulich, dass man sich mit diesem wichtigen Thema nun wissenschaftlich auseinandersetzt. Die Studie verfolgt das Ziel, durch eine standardisierte Datenerhebung eine fundierte Basis zu schaffen, die es ermöglicht, die Arbeitsbedingungen der im Strafvollzug tätigen Mitarbeitenden zu verbessern. Eine empirische Studie bietet zudem die Möglichkeit, stärkere Impulse zu setzen, um den bestehenden Handlungsbedarf aufzuzeigen.

Diese Aufgabe sollte eigentlich von den Bundes- und/oder Landesjustizministerien übernommen werden, doch leider scheint es, dass diese sich schwer tun, wissenschaftliche Erkenntnisse über die Belastungsfaktoren zu erlangen und entsprechende Maßnahmen abzuleiten. Daher stellt sich die Frage: Können oder wollen die Ministerien nicht aktiv dazu beitragen, wissenschaftliche Studien zu unterstützen?

Der BSBD und seine Mitglieder haben ein starkes Interesse an einer wissenschaftlichen Betrachtung dieses Themas, um daraus gegebenenfalls Sofortmaßnahmen und weitere Vorgehensweisen zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abzuleiten.

Wie können Sie teilnehmen?

Auf dieser Seite finden Sie den entsprechenden QR-Code, um an der Studie teilzunehmen. Die Teilnahme erfordert zwar etwas Zeit, jedoch handelt es sich um eine wertvolle Investition, die für jeden Einzelnen lohnenswert ist. Es geht darum, den stetig steigenden Belastungen entgegenzutreten und die Bedingungen für alle Mit-

arbeitenden im Strafvollzug zu verbessern. Wir laden Sie herzlich ein, sich an dieser wichtigen Studie zu beteiligen und somit einen Beitrag zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Justizvollzug zu leisten.

Mit besten Grüßen,
René Müller
BSBD Bundesvorsitzender



Aufruf zu einer Studienteilnahme

Studie zu Belastungen, Stress und psychologischen Schutzfaktoren im Justizvollzugsdienst

Liebe Mitarbeitende,

für unsere Online-Studie „Schutz und Belastungsfaktoren im Justizvollzugsdienst – Eine längsschnittliche Betrachtung der protektiven- und Belastungsfaktoren im Justizvollzugsdienst“ suchen wir freiwillige Teilnehmende.

Stress und potenziell traumatisierende Ereignisse kommen im Berufsalltag des Justizvollzugsdienstes häufig vor. Diese Stress- und Belastungsfaktoren werden zu zwei Messzeitpunkten im Abstand eines Jahres erfasst, um herauszufinden, wie damit zukünftig besser umgegangen werden kann. Das Ziel besteht darin, Faktoren zu identifizieren, die im Justizvollzugsdienst davor schützen, dass belastende Ereignisse und berufsbedingte Stressoren in einer dauerhaften Belastung resultieren.

Wir würden uns freuen, wenn Sie durch Ihre Teilnahme an dem Fragebogen dieses Vorhaben unterstützen. Im Rahmen eines anonymisierten Online-Fragebogens können Sie eine Reihe von standardisierten Fragebögen beantworten. Über den unten aufgeführten Link bzw. QR-Code erhalten Sie Zugang zur Online-Befragung.

Die Bearbeitung wird in etwa 45 bis 60 Minuten betragen. Ihre Angaben werden streng vertraulich behandelt. Die wissenschaftliche Verwertung (Dokumentation, Speicherung, Auswertung) erfolgt ausschließlich in pseudonymisierter Form und dient einzig Forschungszwecken. Der Datenschutzgrundverordnung entsprechend sorgen wir dafür, dass die Daten Dritten nicht zugänglich sein werden. Es werden also keine personenbezogenen Daten, die eindeutige Rückschlüsse auf Einzelpersonen zulassen, erhoben, geschweige denn an Kollegen, Vorgesetzte oder an das Ministerium für Justiz o.Ä. weitergegeben.

Link bzw. QR-Code zur Studie:

<https://www.soscsurvey.de/Justizvollzugsdienst/>



Bei Fragen oder Anmerkungen können Sie uns gerne kontaktieren:

E-Mail: Johannes.Merscher@uks.eu

Tel.: 06841/16-26350

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

M. Sc. Johannes Merscher, Dr. Barra, Prof. Dr. Retz-Junginger, Prof. Dr. Wolfgang Retz



Institut für Gerichtliche Psychologie und Psychiatrie

UNIVERSITÄT
DES
SAARLANDES



UNIVERSITÄTSmedizin.

MAINZ

Forensische Psychiatrie und Psychotherapie

BSBD Bund lädt zu Tarifkonferenz ein

Gemeinsam in die Tarifverhandlungen 2025/2026

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, wie wichtig es ist, sich intensiv auf Tarifverhandlungen vorzubereiten, um bestmögliche Ergebnisse für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu erzielen.

Aufgrund dessen lädt der Vorsitzende der AG Tarif, Kollege Sönke Patzer, im Namen des BSBD Bund alle Tarifvertreter der Länder im April 2025 zu einer gemeinsamen Sitzung ein.



Sönke Patzer

Die wichtigsten Themen:

- ▶ Forderungsfindung: In Zeiten hoher Inflation und steigender Lebenshaltungskosten sind unsere Forderungen nach angemessener Entlohnung, Zulagen und einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen wichtiger denn je.
- ▶ Erfahrungsaustausch: Wir werden gemeinsam die Ergebnisse der letzten Tarifrunde auswerten und daraus wichtige Lehren für die kommenden Verhandlungen ziehen.

Der Zeitplan für die Tarifverhandlungen 2025/26:

- ▶ Regionalkonferenzen (Anfang September): In den einzelnen Bundesländern werden wir Eure Vorstellungen und Anregungen sammeln.
- ▶ Bundestarifkommission (Ende September): Auf Grundlage der Ergebnisse der Regionalkonferenzen wird die Bundestarifkommission die endgültigen Forderungen formulieren.

▶ Verhandlungsrunden mit dem TD-L:

Dezember 2025:

Erste Verhandlungsrunde in Berlin

Januar 2026:

Zweite Verhandlungsrunde

Februar 2026:

Dritte Verhandlungsrunde

Eure Beteiligung zählt!

Wir rufen alle Kolleginnen und Kollegen dazu auf, sich aktiv an den Vorbereitungen zu beteiligen. Eure Stimme ist wichtig, um unsere gemeinsamen Interessen zu vertreten.

Nehmt alle aktiv teil und gestaltet die Zukunft mit!

Sönke Patzer

Stv. Bundesvorsitzender

Vorsitzender AG Tarif



Interesse an Justizgewerkschaften signalisiert

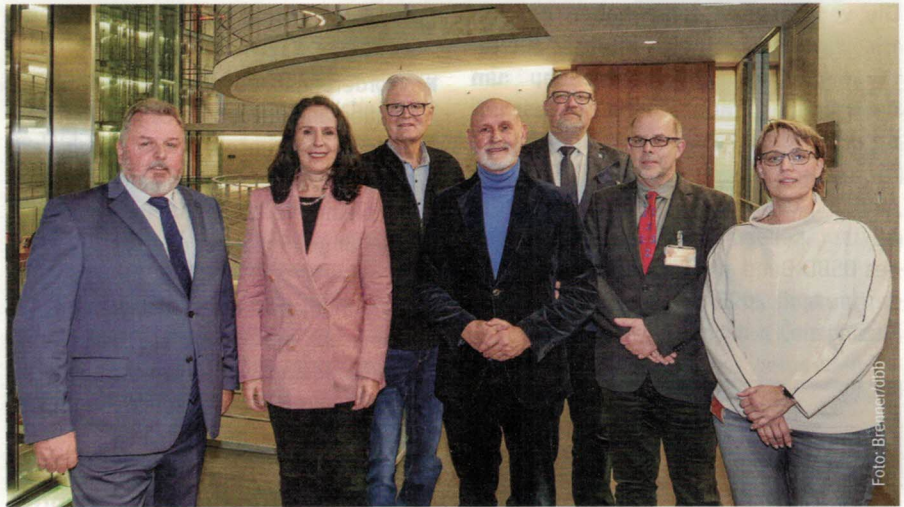
Treffen der AG Justiz im dbb mit MdB Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU)

Im Rahmen der AG Justiz nahm BSBD-Vorsitzender René Müller an einem Treffen mit der Vorsitzenden des Rechtsausschusses im Deutschen Bundestag, Elisabeth Winkelmeier-Becker, teil.

Bei diesem zweiten Treffen wurde ausführlich die aktuelle Situation der deutschen Justiz in Verwaltung und Vollzug erörtert. Frau Winkelmeier-Becker zeigte sich offen und interessiert an den derzeitigen Problemen und sagte ihre Unterstützung und Hilfe im Rahmen ihrer Möglichkeiten und ihrer Fraktion zu.

Mit diesen Treffen setzt sie ein Zeichen an unsere Mitglieder, dass zumindest ein Teil der Bundespolitik an einem Austausch mit den Justizgewerkschaften des dbb interessiert ist.

Dem ehemaligen Bundesjustizminister Buschmann (FDP) gelang es hingegen nicht, ein persönliches Treffen mit den Justizgewerkschaften des dbb zu arrangieren. Vielen Dank an den dbb und die Vorsitzende des Rechtsausschusses.



Teilnehmer der AG Justiz mit Frau MdB Winkelmeier-Becker (CDU, zweite von links)

Justiz besser aufstellen, Vertrauen in den Staat stärken

René Müller (BSBD), dbb-Vize Volker Geyer, Klaus Plattes (DJG), Matthias Boek (DGVB), Carsten Rietdorf (DAAV), Kristina Fuhs (BDR) – Vertreter der dbb Justizgewerkschaften – haben bei Elisabeth

Winkelmeier-Becker MdB, Vorsitzende des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, ihre Argumente platziert.

Gute Stimmung trotz schwieriger Themen

Arbeitskreissitzung der BSBD-Frauenvertretung in Magdeburg

Vom 28. bis 30. November 2024 fand in Magdeburg die Arbeitskreissitzung der BSBD-Frauenvertretung statt.

Auf Einladung der Bundesfrauenvorsitzenden versammelten sich die Frauenvertreterinnen aus den Bundesländern: Manja Sommer (Baden-Württemberg), Anett Matz (Sachsen-Anhalt), Sonja Belz (Nordrhein-Westfalen), Susanne Leib (Hessen), Manuela Burkert (Sachsen), Kerstin Loeck (Mecklenburg-Vorpommern), Katharina Starke (Niedersachsen), Melanie Waldmann (Schleswig-Holstein), Susanne Schneider-Papst (Thüringen), Franziska Meinel (Brandenburg) und Elke Wiesbauer (Bayern). Als Gast durften wir vom Bundesvorstand Dörthe Kleemann begrüßen.

Am ersten Tag begannen wir unsere Tagung mit einer Führung durch die JVA Burg. Diese wurde von unserer Kollegin Anett

Matz organisiert. Begrüßt wurden wir von der Wirtschaftsleiterin Frau Albrecht und der zu dieser Zeit als kommissarische Anstaltsleiterin eingesetzten Frau Kirchhoff. Frau Albrecht gab eine großartige Vorstellung der JVA Burg über eine PowerPoint-Präsentation. Hier erklärte sie uns, wie die JVA aufgebaut wurde und welche Haftarten in der JVA vertreten sind. Danach führten uns Frau Albrecht und Frau Matz durch die Anstalt. Sehr interessant war die Sicherungsverwahrung und für viele auch der Besuchsbereich. Für mich persönlich war es die Schneiderei, die mich sehr beeindruckt hat.

Wir bedanken uns bei allen sehr herzlich für diese gelungene Anstaltsführung, trotz der zu dieser Zeit etwas schwierigen Verhältnisse vor Ort.

Bei einem gemeinsamen Abendessen ließen wir die Eindrücke Revue passieren und

den Tag bei weiteren guten Gesprächen ausklingen.

Am 29. November begannen wir unsere Sitzung mit der Begrüßung der Bundesfrauenvorsitzenden und einer Vorstellungsrunde, da wir viele neue Mitglieder dazugewonnen haben. Über die Teilnahme von Dörthe Kleemann von der Bundesvorstandschafft freuten wir uns sehr.

Wir diskutierten über Personalmangel und wie unterschiedlich in den Bundesländern Personalgewinnung praktiziert wird. Es gibt in einigen Bundesländern, beispielsweise Berlin/Brandenburg, einen Tag der offenen Türen. Hier können sich Interessenten bestimmte Bereiche direkt ansehen und sich vor Ort einen Eindruck verschaffen, wie Arbeiten hinter Mauern ist. Bei anderen wie Schleswig-Holstein/Brandenburg werden Bewerber erst als Tarifbeschäftigte eingestellt, bevor diese die Ausbildung machen

können. Der Vorteil hier, der Bewerber kann sich ungefähr ein Jahr lang einen Eindruck verschaffen, ob dies wirklich sein Beruf ist. Aber auch die Anstalt kann sich den Bewerber etwas genauer ansehen.

In Brandenburg gibt es ein neues Ü-40 Programm für Angestellte. Viele gehen aber auf Job- und Ausbildungsmessen, werben über Mundpropaganda und manche machen schon Online bzw. Sozial Media Werbung.

Über Personalgewinnung kamen wir auf das Thema Schichtdienst. Da dies oft bei Bewerbungsgesprächen bzw. bei Messen schon ein Ausschlusskriterium ist. Es gibt aber viele verschiedene Ansätze diesen Schichtdienst für das vorhandene Personal attraktiver zu machen. In Hessen wünschen sich die jüngeren Kollegen am Wochenende ein Zwölf-Stunden-Schichtmodell. In Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern wird dies schon seit Jahren praktiziert und wird von den Kollegen gut angenommen. In Hessen wird, nicht wie in vielen Bundesländern, der Dienstplan für ein ganzes Jahr (von Januar bis Dezember) vorgeplant, was viele Kollegen als sehr angenehm empfinden.

Zu diesem Thema passte dann auch der Fachkräftemangel, den es in vielen Anstalten gibt. Es mangelt vor allem im medizinischen Bereich (Ärzte und Pflegekräfte), sowie im psychologischen Bereich und bei den Psychiatern. Einige Bundesländer benutzen schon die Videosprechstunden, was sehr praktisch ist, wenn der medizinische Dienst nicht 24 Stunden im Haus ist. Was gut vertreten ist, ist in allen Bundesländern der Sozialdienst.

Bei dem Thema Gefangene allgemein, wurde sehr angeregt über das Selbstbestimmungsrecht, welches seit dem 1. November 2024 gültig ist, diskutiert. Hier stellt



Die BSBD Frauen – ein starkes Team

sich vielen die Frage und auch Sorge, dass Gefangene dies ausnutzen könnten und wie dies in den JVA'en umgesetzt werden soll. Viele sind der Meinung, dass hier im Gesetz geregelt werden soll, wie mit „im Ausweis Frau, aber noch männliche Genitalien“ oder andersrum, umgegangen werden soll. Diversität birgt große Probleme: Wer darf wen wie durchsuchen? Wo wird die Person untergebracht? Welche Behandlungsmaßnahmen? Es würde für viele Kollegen mehr Sicherheit vermitteln, wenn es dazu klare Anweisungen oder Regelungen geben würde.

Auch wurde über psychisch auffällige Gefangene diskutiert. Hier sind sich alle einig, dass wir meist die falsche Unterbringung sind, da in den Anstalten zu wenig Fachpersonal und geeignete Therapien oder Maßnahmen angeboten werden können. Auch sind die Justizvollzugsbeamten nicht richtig im Umgang und der Behandlung solcher Gefangenen geschult.

Bei dem Thema Gleichstellung ist es in den meisten Bundesländern in der Führungsebene sehr ausgeglichen. In vielen werden Stellenausschreibungen geschlechtsneutral verfasst. Trotzdem wird bei Beurteilungen es oft noch als ungerecht gesehen, hier werden gefühlt immer noch Männer besser beurteilt als Frauen. Dies liegt auch mit daran, dass immer noch mehr Frauen in Teilzeit arbeiten als Männer.

Bei einem unserer Schwerpunktthemen kochten teilweise die Gemüter hoch. Es wird schon gesehen, dass das Thema sexuelle Belästigung sehr schwer zu händeln ist. Aber es wird immer noch gerne in den Anstalten verschwiegen bzw. nur mitmäßigem Verhalten verfolgt, falls ein Verdacht im Raum steht.

Es ist uns sehr wohl bewusst, dass es schwierig ist, wenn ein Verdacht im Raum steht, dies zu beweisen, da es in den meisten Fällen nicht öffentlich, sondern eher im Stillen passiert. Auch sind wir uns bewusst, dass es Fälle gibt, die sich nach Ermittlungen anders darstellen als angezeigt, aber leider wird oft erst gar nicht ermittelt.

Wir waren uns auch einig, dass es nicht nur Frauen sind, die sexuell belästigt werden, sondern dies auch Männern geschehen kann. Genau aus diesem Grund fordern wir mehr Fortbildungen und Lehrgänge, in denen vor allen zuerst die Vorgesetzten geschult werden, um diese zu sensibilisieren. Das Allgemeine Gleichstellungsgesetz muss umgesetzt werden.

Wir fordern, eine verstärkte Aufklärungsarbeit und dass das Thema ernst genommen werden muss, um ein sicheres und respektvolles Arbeitsumfeld zu gewährleisten. ■

Tagungen, Meetings, Sitzungen und Jahreshauptversammlungen

BSBD-Frauenvorsitzende und stellv. JVB-Frauenvorsitzende blickt zurück auf 2024



Elke Wiesbauer

Mein Jahr begann mit der Jahrestagung des dbb in Köln. Bei der Jahrestagung werden viele politische Themen angesprochen, die den öffentlichen Dienst betreffen. Es ging um geopolitische Herausforderungen und Spannungen, Wahlen in Europa und einigen Bundesländern, Vertrauen in die Demokratie und die Funktionsfähigkeit des Staates.

Eingeladen als Gäste waren zum Beispiel der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Hendrik Wüst, sowie Bundesverfassungsrichter a.D. Peter Müller und viele mehr. Es gab interessante Podiumsdiskussionen und viele Gespräche rund um die Jahrestagung mit Kolleginnen und Kollegen aus vielen verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes.

Vom 29. Februar bis 1. März durfte ich an der Hauptvorstandssitzung (HV) dbb-Frauen in Bonn teilnehmen. Hier treffen sich von allen Bereichen des öffentlichen Dienstes Frauenvertreterinnen und diskutieren über Themen wie Equal Care Day, wie bringt man im öffentlichen Dienst Pflege, Beruf und Familie unter einen Hut. Es wurde über gleichstellungspolitische Herausforderungen diskutiert und eine Resolution auf den Weg gebracht gegen Rechtsextremismus und für die Verteidigung von Frauenrechten in Deutschland.

Bei der Bundeshauptvorstandssitzung (BuHaVo), dieses Mal in Erfurt vom 12. bis 14. März, trafen sich alle Gewerkschaftsvorsitzende der Länder und sprachen über aktuelle Themen im Vollzug. Es gab einen

regen Austausch über den Vollzug in den Bundesländern: Welche Schwerpunkte an die Länderregierung und Bundesregierung getragen werden, wie zum Beispiel Übergriffe und Angriffe auf Vollzugsbedienstete. Hier werden auch Forderungen an Länderregierungen oder an die Bundesregierung gestellt.

Die BSBD-Frauenvertreterinnen hielten am 10. Juni ein Online-Meeting. Vertreten waren sieben Länder. Wir nutzten das Meeting vor allem, um unsere neuen Frauenvertreterinnen kennenzulernen und über die Arbeit im Verband zu diskutieren, sowie Hilfestellungen für die Neuen anzubieten. Wir besprachen aber auch verschiedene Themen, die uns im Vollzug beschäftigen. Wie wird Gleichstellung in den Bundesländern gehandelt, wie verhält es sich mit Nachwuchsgewinnung, wie ist die Einstellung zu 18-Jährigen in den Justizvollzugsdienst? Auch über Teilzeitregelungen und Dienstplanung wurde gesprochen.

Beim BBB-Verbandstag in München am 11. Juni durfte ich an einem Workshop über Resilienz teilnehmen und konnte mich mit anderen Teilnehmern des öffentlichen Dienstes austauschen.

Dann ging es vom 10. bis 12. Juli weiter nach Weiden zur Jahreshauptversammlung des JVBs. Hier war ein großes Thema die Zunahme der Übergriffe auf Justizvollzugsbedienstete.

Danach ging es vom 28. bis 30. Oktober nach Düsseldorf zum Ländertreffen des BSBD. Es gab Berichte aus den Bundesländern und ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter VI – Justizvollzug – des Justizministeriums NRW, Uwe Nelle-Cornelsen.

Das Treffen der JVB-Frauen in Aichach am 12. November, befasste sich mit den vielen Themen, die in unseren Anstalten an uns herangetragen wurden. Hier wären zum Beispiel die Beurteilungen und die Beförderungssituation von Frauen in manchen Anstalten zu nennen oder wie das Allgemeine Gleichstellungsgesetz in den Justizeinrichtungen umgesetzt wird.

Die zweite HV der dbb-Frauen fand vom 13. bis 15. November in Wiesbaden statt. Die Vorbereitungen für den Bundesfrauenkongress 2026 mit den geplanten Neuwahlen sind vorgestellt worden.

Und zum Schluss trafen sich im November 2024 die BSBD-Frauen zur Arbeitskreissitzung in Magdeburg. Vor Ort wurden wieder viele Themen aus den einzelnen Ländern diskutiert und es gab einen regen Austausch. Zu nennen sind insbesondere die Themen Personalmangel, Schichtdienst, Fachkräftemangel, psychisch auffällige Gefangene und einiges mehr. ■



Teilnehmerinnen des HV der dbb Frauen in Wiesbaden

Europa stand im Mittelpunkt

Bundesseminar in Görlitz

Die östlichste Stadt Deutschlands war das Ziel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des letzten BSBD-Bundesseminars im Jahr 2024. Bundesseminarleiter Winfried Conrad hatte als Veranstaltungsort eine kirchliche Bildungseinrichtung außerhalb der Stadt Görlitz ausgewählt, die durch ihre Baulichkeit und Geschichte beeindruckte.

Bestens versorgt, startete das Seminar mit einer nicht so erfreulichen Nachricht. Die eingeladenen Gäste und Referenten aus der dortigen Vollzugsgewerkschaft mussten leider ihre Teilnahme aus gesundheitlichen Gründen absagen. Umso erfreulicher war, dass der saarländische Kollege Joachim Kapitza mit Unterstützung des Kollegen Markus Wollscheid über ihre Stippvisite 2023 in Litauen berichteten. Zunächst referierte Kollege Kapitza über die Geschichte Litauens und die derzeitige politische Lage.

Bericht aus Litauen

Bei ihrem Besuch in Litauen saßen ca. 5000 Gefangene ein, davon 500 in Untersuchungshaft. Im Verhältnis Gefangene pro 100.000 Einwohner sind es in Litauen 180 Gefangene – in EU-Durchschnitt nur 106. Dennoch ist die Zahl der Inhaftierungen von 2016 bis 2022 um 27 Prozent gesunken. Seit 2023 gibt es bei Diebstahl mit einer Schadenshöhe von 500 Euro eine Haftstrafe, zuvor war die Grenze bei 250 Euro. Damit endete der erste Seminartag. Den zweiten Seminartag eröffnete Waldemar Czarnecki mit dem Vortrag: „Noch ist Polen nicht verloren“. Diese Zeile der ersten Strophe der polnischen Nationalhymne verdeutlicht die Geschichte des Landes. Waldemar Czarnecki war lange Zeit Anstaltsleiter in der Vollzugseinrichtung Luban. Er hat seit fast 20 Jahren sehr gute Kontakte zum BSBD über die Kollegen Conrad und Wollscheid. Mehrfach trat er schon als Referent bei der dbb-Akademie auf.

Politische Lage in Polen

Nach einem kurzen Ausflug in die Geschichte stieg der polnische Kollege mit einem Referat über die aktuelle politische Lage in die Thematik ein. Er erläuterte die Zeit unter der Regierungsverantwortung



Die Teilnehmer des Bundesseminars in Görlitz

der PiS, unter der versucht wurde, private Unternehmen zu verstaatlichen, die Justiz in ihrem Sinn umzubauen und die Medien an die „Leine“ zu legen. Alle Maßnahmen haben sich negativ auf die Wirtschaft des Landes und die polnische Bevölkerung ausgewirkt. Im Anschluss begab sich der Referent auf eine Reise durch die Länder Europas und auch außerhalb Europas und erläuterte, wie negativ PiS diese Länder einstufte. Nach der achtjährigen Amtszeit unter PiS wird es dauern, so Czarnecki, bis wieder die Normalität in die polnische Politik zurückkehrt.

Görlitz kennengelernt

Am Nachmittag wurde der Seminargruppe beim Besuch der Altstadt von Görlitz die lange und sehr wechselhafte Geschichte der Stadt nähergebracht. Weit im Osten der Republik hat die Stadt viele Einwohner verloren, obwohl genügend anspruchsvoller Wohnraum zur Verfügung steht. Viele Polen nutzen die Grenznähe der Stadt, um dort zu arbeiten oder einzukaufen. Bei einem Rundgang in der Stadt fühlt man sich in die zwanziger Jahre zurückversetzt. Der Krieg hat – Gottseidank – Görlitz, die Menschen, die Stadt und die Architektur verschont.

Am letzten Seminartag wurde zunächst vom Bundesseminarleiter Winfried Conrad die Gruppe auf Teamarbeit eingeschworen. Nur im Team lassen sich Probleme im Dienst oder auch auf gewerkschaftlicher Ebene zielführend lösen. Anschließend kam es noch zu einem sehr aufschlussreichen und interessanten Erfahrungsaustausch.



Referent Waldemar Czarnecki

Mitglieder sind wichtig für Gewerkschaften!

Seminar in Leipzig

Die Überschrift des Seminars mit gewerkschaftlichem Inhalt war ein Zitat des ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. Dieser sagte: „Zur Freiheit der Gewerkschaften gehört es, das sie unbequem sind. Bequem sind Gewerkschaften nur dort, wo sie unter dem Zwang von rechten oder linken Diktaturen stehen“.

Der Einladung des Bundesseminarleiters Winfried Conrad zu dem Seminar waren über 15 Kollegen aus den Bundesländern gefolgt und hatten die Reise nach Leipzig angetreten. Nach kurzer Vorstellungsrunde eröffnete Kollege Thomas Porr den Reigen der Referenten. Der Landesvorsitzende des BSBD aus Sachsen war genau der richtige Mann für das Thema, das ihm übertragen wurde: „Gewerkschaftsarbeit in den neuen Bundesländern im Osten der Republik“. Porr kritisierte zunächst die Überschrift seines Themas. Er regte an, den Begriff „neuen Bundesländer“ durch die Bezeichnung „östliche Bundesländer“ zu ersetzen. 30 Jahre nach der Wiedervereinigung könne man nicht mehr von „neu“ sprechen. Kollege Porr gewährte bei seinem Vortrag einen tiefen Einblick in die Empfindungen, Erwartungen und Enttäuschungen der Menschen in den östlichen Ländern. Selbst nach über drei Jahrzehnten vereintes Deutschland scheinen die Ostländer immer noch von allgemeinen Entwicklungen abgehängt zu sein.

Seine These konnte Kollege Porr mit Beispielen substantizieren. Insbesondere nach dem Ausgang der drei Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg wird



Seminargruppe

sich bei der Gewerkschaftsarbeit vor Ort einiges ändern. Insbesondere die Wahlergebnisse der AfD, neuer Parteien wie das Bündnis Sahra Wagenknecht und die Wahleinbrüche bei der Linkspartei werden sich auf die Arbeit des BSBD auswirken. Thema der anschließenden lebhaften und interessanten Diskussion war die Frage, inwieweit die AfD auch als Gesprächspartner für den BSBD in Frage kommt. Kollege Porr erläuterte seine Sichtweise und die des sächsischen Landesverbandes.

Wie gewinnt man Mitglieder?

Der nächste Tag stand im Zeichen der grundlegenden Gewerkschaftsarbeit auf Ortsverbandsebene. Den Anfang machte das Thema „Wie gewinnt man Mitglieder?“ Als erfahrener BSBD'ler und dbb-Funktionär in Rheinland-Pfalz hatte Hans Dieter Gattung einen Vortrag vorbereitet. Die Werbung neuer Mitglieder ist ein wichtiges Ziel aller Orts- und Landesverbände bundesweit. Die große Herausforderung ist, durch Ansprache junge Menschen für eine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zu gewinnen. Dieter Gattung wies in seinem Vortrag darauf hin, dass die persönliche Ansprache ein wichtiges Werkzeug bei der Mitgliedergewinnung ist. Erörtert und diskutiert wurden verschiedene Ideen und Aktionen in den Landes- und Ortsverbänden zur Gewinnung von Mitgliedern.

Der Nachmittag stand im Zeichen der Mitgliederbetreuung. Zu dieser Thematik referierte der stellvertretende Landesvorsitzende Sascha Möbius aus Hamburg. Kollege Möbius begann mit der Bemerkung, dass

die Rekrutierung von Mitgliedern schon sehr schwierig sei, nicht weniger schwierig sei aber auch, das Mitglied zu halten. Der Spruch: „Einmal in der Gewerkschaft, immer in der Gewerkschaft“ gelte nicht mehr. Das Mitglied stelle erheblich größere Erwartungen an eine gewerkschaftliche Gemeinschaft als es früher mal war. Möbius brachte Beispiele aus der Praxis, welche Möglichkeiten ein Verband hat, die Mitglieder an sich zu binden.

Der letzte Seminartag stand im Zeichen der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit. In einer kurzweiligen und interessanten Seminarübung wurden den Teilnehmern die Vorteile der Teamarbeit bei der Entscheidungsfindung vermittelt. Der Referent und Bundesseminarleiter, Winfried Conrad, hatte dazu das NASA-Spiel ausgewählt. *

Im Anschluss wurde noch eine Podiumsdiskussion von den Seminarteilnehmern vorbereitet und durchgespielt. Diskussionsinhalt war die Notwendigkeit der Interessenvertretung durch Gewerkschaften in der heutigen Zeit. Die Seminarreihe mit gewerkschaftlichen Themen wird im Jahr 2025 fortgesetzt.

* Anm. d. Red.: Das NASA-Spiel ist ein Teamspiel und eine spielerische Methode zur Gruppenarbeit, Kommunikation und Gruppendynamik. Das Spiel dient dazu, unterschiedliche Entscheidungsfindungsprozesse in Einzel-, Gruppenarbeit und Delegation zu veranschaulichen.

Siehe auch: <https://wb-web.de/material/methoden/das-nasa-spiel-ein-spiel-zur-gruppendynamik-und-gruppenarbeit.html>



Hans Dieter Gattung

Politische Landeshauptvorstandssitzung des BBW-Beamtenbund Tarifunion Baden-Württemberg

Getrübte Aussichten für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Baden-Württemberg

Am 20. November tagte der Landeshauptvorstand des BBW-Beamtenbund und Tarifunion Baden-Württemberg in Karlsruhe. Der BSBD-Landesverband war mit einem Gremium unter dem Vorsitzenden Michael Schwarz und dem Ehrenvorsitzenden Alexander Schmid, der dem BBW-Vorstand angehört, dabei.

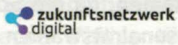
Hauptsächlich ging es um den aktuellen Haushaltsentwurf für die Jahre 2025 und 2026, aber auch zukünftige Planungen im Beamten-, Tarif- und Versorgungsbereich waren Thema. Von Seiten des Beamtenbunds wurden unter anderem das Partner Einkommen zur verfassungskonformen Alimentation, die Kürzung der Zuführung in den Pensionfonds, die Arbeitszeitregelung (mit 41 Stunden-Woche ist Baden-Württemberg bundesweit auf dem letzten Platz), die Beihilfe als Fürsorgepflicht und die Novellierung der Entgeltordnung TV-L thematisiert.

Neben der normalen Tagesordnung waren noch zwei Gäste aus den Regierungsfractionen geladen für einen Austausch mit dem Landeshauptvorstand des BBW.

Die Landtagsabgeordneten Herr Peter Seimer (Bündnis 90 / Die Grünen) und Herr Dr. Albrecht Schütte (CDU) stellten sich den teils kritischen Fragen. Überwiegend ging es um fehlende finanzielle Mittel, die sich aufgrund sehr stark gestiegener Kosten generierten. Als Beispiel wurden die Krankenhauskosten genannt, die über 70 % gestiegen sind. Solche Kostensteigerungen, bei gleicher Leistung, gibt es in vielen Bereichen. Aus politischer Sicht ist man mit der Haushaltsplanung sehr zufrieden und auch überzeugt, dass der Belegschaft des Landes keine unannehmbare Last auferlegt wurde.

Bundesweit schwächelt die Wirtschaft und Kostensteigerungen sind auch in den nächsten Jahren weiterhin zu erwarten. Keine rosigen Aussichten für den Einzelhaushalt 2027 und dem folgenden Doppelhaushalt, den dann schon eine neue Landesregierung zu verantworten haben wird. Keiner möchte zurück in die 1990er Jahre mit Sonderopfer und Sparzwängen bei den Beschäftigten.

Umso wichtiger ist es wieder, bei Aktionen und Demonstrationen des Beamtenbundes präsent zu sein und „Flagge“ zu zeigen.




Deine Gewerkschaft: Digital.

Melde Dich jetzt an zu Deinem persönlichen zukunftsnetzwerk digital.



Scan me

Mit dem Hintergrundwissen, dass sich unsere Justizministerin Marion Gentges bei den aktuellen Haushaltsverhandlungen für den Justizvollzug stark gemacht hat, können wir dennoch positiv auf die nächsten zwei Haushaltsjahre blicken.

Bericht: Lars Rinklin



Foto: BSBD BW

Alle Jahre wieder: Personalräteschulung des BSBD

Personalräte des BSBD immer auf dem neusten Stand und im Austausch miteinander

Am 11.11.24 und 12.11.24 lud der BSBD zur jährlichen Personalräteschulung. Statt wie üblich im Frühjahr, kam man 2024 erst im Herbst zusammen, da die Schulung nach den Personalratswahlen im Sommer stattfinden sollte.

Hierzu traf man sich, wie üblich, in der Schwäbischen Toskana, genauer gesagt in Höblinsülz im Landgasthof Roger. Diese Tagungsstätte ist schon seit mehr als einem Jahrzehnt der Ort für die Veranstaltung.

Der Landesvorsitzende und Tagungsleiter Michael Schwarz begrüßte alle Anwesenden. Er gab einen kurzen Überblick über den Ablauf der zwei Tage und ging auf die Zusammenarbeit zwischen Hauptpersonalrat und den örtlichen Personalräten ein. Er entschuldigte Sabine Glas, stellvertretende HPR-Vorsitzende und zuständig für den Tariffbereich. Kollegin Glas konnte dieses Mal leider nicht persönlich an der Tagung teilnehmen, aber ließ es sich nicht nehmen ein paar Worte an die Teilnehmenden zu richten, die verlesen wurden.

Sodann startete der Schwerpunkt des ersten Tages: der Austausch mit dem Leiter des Personalreferats Justizvollzug beim Ministerium der Justiz und für Migration Herrn Leitenden Ministerialrat Egerer.

Herr Egerer informierte umfassend und ging auf die Fragen der Teilnehmer ein. Zum Neubau der JVA Rottweil berichtete er, dass die neue Anstalt ab Juni 2027

schrittweise belegt werden solle und der Vollbetrieb ab September 2027 angedacht sei, vorausgesetzt es komme zu keinen Verzögerungen beim Bau. Im Gegenzug werden die alte JVA Rottweil mit ihren Außenstellen und die JVA Waldshut-Tiengen geschlossen.

Die neue JVA werde über 502 Haftplätze (HP) verfügen, wobei 30-35 als Offener Vollzug vorgesehen seien. Es werde 52 barrierefreie HP für Gefangene mit Pflegegrad II bis IV geben. 10-15 HP seien für Transsexuelle auf Wohngruppen vorgesehen. 30 HP seien für stationäre Suchtbehandlung und 15 HP für Substitution geplant.

Weiterhin wurden die Themen Personalentwicklung, Mehrarbeit und Krankenstand besprochen, sowie kontrovers diskutiert.

Herr Egerer teilte zur Wahlmöglichkeit Beihilfe/Freie Heilfürsorge mit, dass der Trend bei den Neueinstellungen klar in Richtung Freie Heilfürsorge gehe. Aktuell seien etwa 71 Prozent der Beschäftigten in der Freien Heilfürsorge angegliedert.

Michael Schwarz bedankte sich für den offenen und ehrlichen Austausch mit Herrn Egerer und zog ein positives Resümee. Positiv war auch die rege Beteiligung und Berichterstattung aus dem Gremium.

So traditionell wie die Personalräteschulung selbst, war auch der Grillabend in der Tagungsstätte bei dem es sich der Chef des Hauses Michael Roger nicht nehmen ließ für die Tagungsgäste selbst zu grillen. Hierbei fand man nochmals reichlich Zeit, um weiter über das eine oder andere Thema zu sprechen.



Der zweite Tag startete mit dem Tagesordnungspunkt Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und Personalrat. Hierzu berichtete der Landesvorsitzende Michael Schwarz zu aktuellen politischen und gewerkschaftlichen Entwicklungen und ihren Auswirkungen auf die Personalratsarbeit. Ein wichtiges Thema war auch hier die lange Wartezeit bei der Beihilfe und Dienstkleidung. Leider muss man klar zu verstehen gegeben, dass wohl mit keiner signifikanten Besserung in absehbarer Zeit zu rechnen ist.

Im November fand zu diesem Problem und weiteren Themen rund um die Dienstkleidung ein Gespräch zwischen der ARGE Blaue Uniform und dem LZBW statt. Der BSBD war in der Arbeitsgruppe gleich zweimal personell vertreten, einmal in der Funktion als HPR, sowie als Gewerkschaft. Was dadurch erreicht werden konnte, bleibt abzuwarten.

Der Vorsitzende gab noch einen Rückblick auf die Personalratswahlen im Juli und die Ergebnisse der BSBD-Kandidaten. Er bedankte sich für die tolle Unterstützung bei der Wahl und für die Bereitschaft sich für ein Amt im örtlichen Personalrat zur Verfügung zu stellen. Diesem Tagesordnungspunkt schloss sich der Informationsaustausch unter den Teilnehmenden mit Berichten zur aktuellen Lage aus den Anstalten an. Hierbei zeigte sich wieder deutlich, dass Mitarbeiterbindung die Hauptaufgabe im Personalbereich ist und bleiben wird.

Am Ende des zweiten Tages gab es noch einen interessanten Vortrag durch den Kooperationspartner Debeka zum Thema Dienstunfähigkeit und ihre Folgen. Die häufigsten Gründe für Dienstunfähigkeit seien nach wie vor psychische/psychosomatische Erkrankungen. Der Anteil betrage derzeit bei Männern 50 % und bei Frauen 66 %.



Am Ende der Tagung bedankte sich der Vorsitzende bei den Teilnehmenden für ihr Kommen und die sehr rege und konstruktive Teilnahme an der Veranstaltung.

Wir freuen uns schon auf 2025!

Bericht: Kai Kretschmer

Feiern und den Alltag vergessen – Gitterparty 2024 des BSBD macht es möglich

Die Gitterparty im Four Runners Club Asperg ging am 23.11.2024 in die zweite Runde und war wieder ein voller Erfolg!

Die Partymeute feierte ausgelassen zu den Beats von DJ Timoe, der die Tanzfläche zum Beben brachte.

Dank einer Fotobox konnte in Sekunden schnelle eine gedruckte Erinnerung an den Abend mit nach Hause genommen werden. Bei der Tombola gab es einen BSBD-Ruck-

sack und Gutscheine zu gewinnen. Alle Gewinner freuten sich über die actiongeladenen Preise!

Die Kombination aus guter Musik, großartigen Erinnerungen und der Möglichkeit, etwas zu gewinnen, machte den Abend unvergesslich.

Wir möchten uns hiermit insbesondere beim Four Runners Club, der uns auch dieses Jahr wieder hervorragend unterstützt hat, bei DJ Timoe für die gute Musik und bei allen Helferinnen und Helfern der Ortsverbände Stuttgart und Asperg für die großartige Unterstützung bedanken.

Und natürlich danken wir allen Gästen, egal ob Mitglied im BSBD oder nicht. Danke, dass Ihr da wart und den Abend unvergesslich gemacht habt.

Wir sehen uns beim nächsten Mal bei der Gitterparty Vol. 3 „Wir sind die Party“

Euer Gitterparty-Team

Bericht: Gitterparty-Team



Schöner Jahresabschluss für die Damen des Ortsverbandes Adelsheim

In diesem Jahr konnte wieder einmal ein Ausflug für alle Frauen angeboten werden. Zum Jahresende besuchten 16 Teilnehmerinnen am Nikolaustag den Ludwigsburger Weihnachtsmarkt.

Zum Ausflug hatten sich zunächst 23 Frauen aus unterschiedlichen Diensten angemeldet. Leider konnten krankheitsbedingt letztendlich nicht alle teilnehmen.

Dabei waren: Frauen Radl, Bischof, Kirchhoff, Peschke, Heß, Nagl, Lenz, Bronner, Siliberto, Köhler, Lüth, Krämer, Dorogov, Burkhardt, Sachs und Götz (Organisatorin). Treffpunkt war um 14:15 Uhr der Bahnhof Osterburken. Mit dem Zug gelangte die Gruppe bequem und fast pünktlich an den Zielort. Ein gemeinsames Essen in ge-

selliger Runde bot Raum für den persönlichen Austausch. Danach besuchten sie den schönen Ludwigsburger Weihnachtsmarkt. Anschließend stand die Rückreise mit dem Zug an.

Alle teilnehmenden Damen möchten sich an dieser Stelle ganz herzlich beim hiesigen BSBD und Kantinenverein für die freundliche Unterstützung bedanken. Es war wirklich ein schöner und unterhaltsamer Nachmittag.

Bericht: Anja Götz



Fotos: (2) BSBD BW

Grund zum Feiern in Adelsheim – Ortsverband besteht seit 50 Jahren

Nicht nur die JVA Adelsheim begeht dieses Jahr ihr 50-jähriges Jubiläum, sondern auch der BSBD-Ortsverband

50 Jahre sind ein starkes Zeichen für die Bedeutung von Zusammenarbeit und gemeinsamen Zielen.

Kurz nach der Eröffnung der JVA wurde durch die hier tätigen Kollegen am 09.05.1974 im Personalaufenthaltsraum der BSBD-Ortsverband Adelsheim gegründet. Seither hat er einige Höhen und Tiefen erlebt, doch eines blieb stets unverändert: Der Ortsverband ist mehr als nur ein Verein – er ist ein Symbol für unerschütterlichen Zusammenhalt, Freundschaft, Engagement und die Leidenschaft seiner Mitglieder.

Dies war Anlass genug das Bestehen gebührend zu feiern. Die Vorsitzende Elena Barié und ihr Stellvertreter Jens Sayer begrüßten die Anwesenden, darunter auch Lars Rinklin als Vertreter des Landesvorstandes, ganz herzlich. Auch er fand ein paar Worte zur Begrüßung und zum lange Bestehen des Ortsverbands. Natürlich kam Lars nicht mit leeren Händen zur Feier. So übergab er der Vorsitzenden einen Regenschirm, bedruckt mit den Worten „Wir lassen euch nicht im Regen stehen“.

Anzumerken ist, dass Elena Barié erst die zweite Frau an der Spitze des Ortsverbands ist. Ihr vorangegangen war nur Barbara Reber, welche Mitte der 1980er-Jahre als Vorsitzende fungierte. Aktuell kann man sagen, dass der Ortsverband sehr gut aufgestellt ist, was sich nicht nur in den Mitgliederzahlen niederschlägt. Dies ist auch den vielen Unternehmungen geschuldet, die der Ortsverband bisher gemacht hat. So etwas bleibt in Erinnerung und fördert die Gemeinschaft aus der auch viele Freundschaften entstanden sind.



Im weiteren Verlauf des Abends genossen die Gäste ein köstliches Abendessen. Es gab Churrasco, das brasilianische BBQ, welches nach Art der Gauchos zubereitet worden ist.

Ein besonderer Dank geht an Elena und ihr Team, die für die Organisation und Vorbereitung des Festes die Zügel fest in der Hand und ein Riesen-Arbeitspensum zu bewältigen hatten. Dass es ein gelungenes Fest wurde, zeigt allein schon die Tatsache, dass die letzten Gäste erst nach Mitternacht den Nachhauseweg antraten.

Wir danken allen Mitgliedern und Freunden des Ortsverbands, die dazu beigetragen haben, dieses Jubiläum zu einem unvergesslichen Ereignis zu machen.

Wir freuen uns auf die nächsten 50 Jahre voller Begeisterung, Gemeinschaft und Erfolg!

Bericht:
Ortsverband Adelsheim

Gelungener Jahresausklang des Ortsverbandes Schwäbisch Gmünd

Auch in diesem Jahr haben sich die Mitglieder des BSBD-Ortsverbands Schwäbisch Gmünd zum traditionellen Besuch des Weihnachtsmarkts in Schwäbisch Gmünd zusammengefunden.

Der Ortsverband-Vorsitzende Dirk Honigmann begrüßte alle Anwesenden und war abermals vom zahlreichen Erscheinen der Mitglieder begeistert. Erfreulich war insbesondere die Teilnahme einiger der zahlreich gewonnenen Neumitglieder vom vergangenen Jahr, was die seit Jahren bestehende, gute Gemeinschaft und den Zusammenhalt innerhalb des Ortsverbandes in positiver Weise widerspiegelte.

Der Abend war, wie gewohnt, geprägt von einer herzlichen Atmosphäre und anregenden Gesprächen. Es war ein rundum gelungener Abend, der den Gemeinschaftssinn des Ortsverbands unterstrich und für alle Teilnehmenden eine wunderbare Gelegenheit bot, das Jahr besinnlich ausklingen zu lassen.

So durfte die Albhütte des Weinhaus Rieg in seinem vorweihnachtlichen Ambiente letztendlich über 25 Mitglieder zu einem gemütlichen und stimmungsvollen Beisammensein begrüßen.



Der Ortsverband-Vorsitzende Dirk Honigmann und sein Stellvertreter Sascha Schmid bedanken sich bei ihren Mitgliedern für deren Einsatz, die wertvollen Anregungen und die Unterstützung im vergangenen Jahr und hoffen auch im kommenden Jahr auf weiterhin gute Zusammenarbeit.

Bericht:
Melanie Schindler



Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Heilbronn

Am 25. September 2024 fand in der Gaststätte „zum Reegen“ in Heilbronn-Frankenbach die diesjährige Jahreshauptversammlung des BSBD-Ortsverbandes Heilbronn statt. Der Vorsitzende Thomas Stuntz konnte wieder zahlreiche Mitglieder begrüßen, unter ihnen auch Pensionäre.

Leider gibt es nie den richtigen Termin für alle, so war es auch bei dieser Versammlung. Dies zeigte sich dadurch, dass sich insgesamt 20 Mitglieder entschuldigt haben, die sonst in den letzten Jahren immer wieder anwesend waren. Besonders begrüßte er den Landesvorsitzenden Michael Schwarz, der es sich einmal mehr nicht nehmen ließ, nach Heilbronn zu kommen.

In seinem Bericht ging Thomas Stuntz u.a. auf die Protestkundgebung 2023 in Stuttgart ein und die am 6. Dezember 2023 durchgeführte Aktion „aktive Mittagspause“, eine Protestaktion vor der JVA Heilbronn. An der aktiven Mittagspause nahmen neben dem Ortsverband Heilbronn auch die Ortsverbände Ulm und Freiburg teil. Außerdem stellte der Vorsitzende die Vereinssoftware easyVerein vor. Ein weiterer Punkt waren die Wahlen zum örtlichen Personalrat. Hier wurde ganz deutlich, dass ein Generationenwechsel einsetzt. Thomas Stuntz und sein Stellvertreter Ronny Blankenburg wurden nicht mehr in den Personalrat gewählt.

Der Landesvorsitzende Michael Schwarz berichtete über interessante Themen aus dem Landesverband. So konnte er über die Verbesserungen bei den titulierten Schmerzensgeldansprüchen berichten, sowie über den Beihilfestau, die Probleme mit der Dienstkleiderbestellung und viele weitere Themen.

Nachdem der Kassier Volker Ebert aus Krankheitsgründen nicht teilnehmen konnte, übernahm der Vorsitzende den Kassenbericht. Dabei berichtete er, dass die Ausgaben höher waren als die Einnahmen, was aber an der Anschaffung von Werbetassen für Neumitglieder lag. Ebenso berichtete er über eine großzügige Spende unseres Mitglieds Petra Krönke. Sie hatte dem BSBD-Ortsverband Heilbronn 1000 Euro gespendet. Im Anschluss bescheinigten

die Kassenprüfer Werner Gemmrich und Giovanni Scarsella unserem Kassier eine einwandfreie und sehr übersichtliche Kassenführung. Die beantragte Entlastung fiel einstimmig aus.

Beim Tagesordnungspunkt Ehrungen konnten der Vorsitzende Thomas Stuntz und das Vorstandsmitglied Jessica Hieb dann folgende Mitglieder für langjährige Mitgliedschaft ehren: Wolfgang Fritz (50 Jahre), Klaus Lieber (40 Jahre), Andreas Schlinke (25 Jahre) und Stephan Oppenländer (25 Jahre). Nicht anwesend waren Hagen Wagner (50 Jahre), Martin Weinstock (40 Jahre) und Bruno Windisch (25 Jahre). Da Hagen Wagner nicht anwesend sein konnte und seit einigen Jahren auch im Schwarzwald wohnt, ließ es sich der Vorsitzende Thomas Stuntz nicht nehmen, ihn zuhause zu besuchen, um dem ehemaligen langjährigen Kassenprüfer seine Ehrung zu überreichen. Ebenso wurde Martin Weinstock vom Vorsitzenden zuhause besucht.

Nachdem unter Verschiedenes noch einige Themen besprochen wurden, lud der Ortsverband zu einem leckeren Grillbuffet ein. So konnten sich die Mitglieder noch in lockerer Atmosphäre unterhalten.

Bericht:
Thomas Stuntz



Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Karlsruhe

im Fun-Forest 27.10. bis 30.10.2024 in Düsseldorf NRW

Die Versammlung des Ortsverbandes Karlsruhe fand am 12.12.2024 in der Kantine der Hauptanstalt statt. Wie im letzten Jahr kam eine kleine, aber feine Runde zusammen.

Leider konnte Lars Rinklin, als Vertreter des Landesvorstandes, nicht anwesend sein. Als Tarifvertreterin beim HPR gab Sabine Glas, selbst Mitglied des OV Karlsruhe, einen kleinen Einblick in ihre Tätigkeit. Nachdem René Hellriegel seinen Kassenbericht vorlegte, wurde dieser einstimmig entlastet. Im Anschluss wurde über die Bildungsfahrt 2025 gesprochen – es soll eine Tagesausfahrt geben.

Anschließend gab es Grund zum Feiern:

Persönlich konnten Annette Günther und Uwe Hechler geehrt werden für jeweils 25 Jahre Mitgliedschaft im BSBD.

In Abwesenheit sind folgende Ehrungen vorgenommen worden:

Dirk Günther – 25 Jahre,
Andreas Schubring – 25 Jahre,
Klaus Kübel – 40 Jahre,
Peter Frei – 50 Jahre,
Walter Schlager – 50 Jahre sowie
Horst-Uwe Merkel – 50 Jahre.

Nach dem offiziellen Teil der Sitzung wurde bei leckerem Essen noch zusammengesessen und eine gute Zeit verbracht.

Bericht: Uwe Haubold



v. l.: Uwe Haubold, Uwe Hechler, Annette Günther, Daniel Grüning



Fotos: (2) BSBD BW

Aus dem Vollzug, für den Vollzug

BSBD

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

www.bsbd.de

Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Rottenburg

Am Mittwoch, den 27. November 2024 gegen 17:00 Uhr waren die Mitglieder des BSBD-Ortsverbandes Rottenburg zur turnusgemäßen Hauptversammlung mit Neuwahlen des Vorstandes eingeladen.

Leider konnte der stellvertretende Landesvorsitzende Steffen Schelenz nicht teilnehmen. Er war bei der VDL-Tagung unabkömmlich.

Zunächst nutzten die Mitglieder die Gelegenheit miteinander zu reden und fachsimpeln. Nachdem die Getränke und das Essen bestellt waren, eröffnete der Vorsitzende Roger Stötzer dann pünktlich um 17:30 Uhr den offiziellen Teil der Hauptversammlung. Neben dem Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden und dem Kassenbericht folgte dann das erste Highlight des Abends.

Es konnten zwei verdiente Mitglieder des Ortsverbandes Rottenburg für jeweils 50-jährige Mitgliedschaft geehrt werden. Hans Barth und Siegfried Stehle erhielten vom Vorsitzenden Roger Stötzer die Ehrenurkunden nebst Anstecknadeln. Aber auch jeweils ein Geschenkkorb mit Leckereien und Trinkbarem wechselten die Besitzer.

Darauf folgte dann das zweite Highlight des Abends. Der Bericht der Kassenprüfer, die Entlastung und die Neuwahl des kompletten Vorstands.



OV Rottenburg Siegfried Stehle

Der bisherige Vorsitzende Roger Stötzer und Kassier Florian Haberer wurden wiedergewählt. Neu hinzugekommen sind die stellvertretenden Vorsitzenden Thomas Geischek und Tobias Schönberger, sowie der Schriftführer Manuel Ranft.

Auch die Fachgruppenvertreter (FGV) wurden bestätigt oder neu gewählt: FGV mittlerer VD bleibt Daniel Panzner; FGV Werkdienst teilen sich Christian Wörner und Christian Manz; FGV Sozialdienst bleibt in bewährter Hand bei Colette Götz;

FGV Krankenpflegedienst ist wieder Dominik Taube; FGV Ärztlicher Dienst führt Yasmine Hack weiter; die FG weibliche Bedienstete wird neu von Christiane Voß vertreten; FGV mittlerer VerwD teilen sich Larissa Korn und Sven Keßler; für die Jungen Bediensteten steht jetzt Volkan Dursun vor; die Fachgruppe Offener Vollzug bleibt in bekannter Hand von Gerhard Geckeler; auch der pädagogische Dienst wird weiter von Jürgen Fischer vertreten; last but not least wird die Fachgruppe Pensionäre von Siegfried Sailer und stellvertretend von Detlef Hamacher geführt.

Nach dem Wahlmarathon wurde dann noch die langjährige stellvertretende Vorsitzende Christina Hafenmayr, die in der Vergangenheit zahlreiche Funktionen im Ortsverband ausfüllte, unter anderem FGV weibliche Bedienstete und FGV mittlerer Vollzugsdienst mit einem Blumenstrauß und herzlichem Dank für ihre Unterstützung und ihren Einsatz aus dem Vorstand verabschiedet.

Gegen 18:20 Uhr schloss der Vorsitzende dann den offiziellen Teil der Hauptversammlung und der gemütliche Teil mit vielen Gesprächen und Erinnerungen erstreckte sich bis kurz vor 21:00 Uhr, als die letzten den Heimweg antraten.

Bericht:
Ortsverband Rottenburg



OV Rottenburg Hans Barth